

Nachrichten - Kommentare - Rechtsinformationen - Analysen

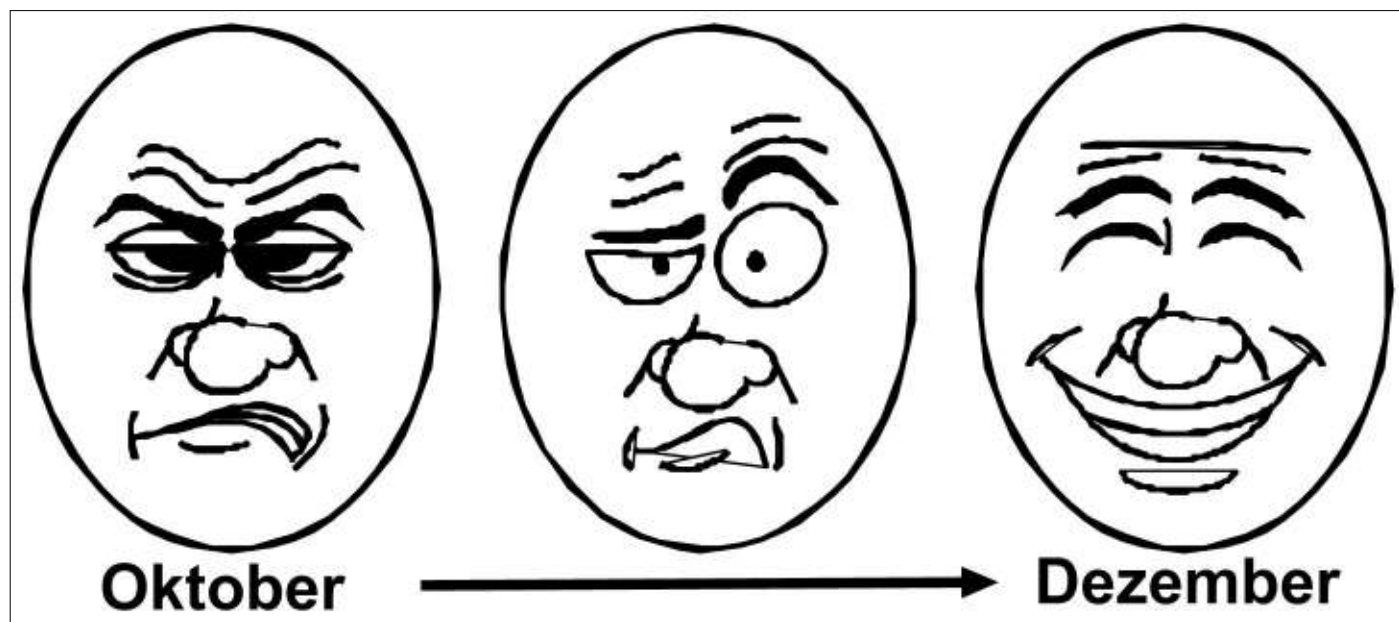
Die Uckermärker haben gekämpft und gewonnen



(Red./BK) Über sechs Wochen wurden unermüdlich Unterschriften für das Bürgerbegehren für freie Landrats-

„Wir Prenzlauer“, Wählergemeinschaft „Den Bürgern verpflichtet“, Templin, sowie zahlreiche Abgeordnete aus Ver-

1.458 Unterschriften waren ungültig und 15.891 gültig. Das war ein hervorragendes Ergebnis, womit keiner ge-



wahlen gesammelt. Die Vertrauensleute und Ansprechpartner waren Wolfgang Pfeiffer und Lutz Jonas.

Folgende Organisationen, Parteien und Verbände haben das Bürgerbegehren Uckermark unterstützt: attac Schwedt, Bündnis 90 / Die Grünen, Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau e. V., Angermünde, Deutscher Gewerkschaftsbund Ostbrandenburg, Die Linke, die Piratenpartei Brandenburg, Europahaus e. V., Angermünde, Gewerbeverbände des Landkreises Uckermark, Rettet die Uckermark, Zuhause in Brandenburg, SVV-Fraktion

treten der Städte und Gemeinden und des Landkreises Uckermark und zahlreiche Gewerbetreibende, Handwerksbetriebe, Arztpraxen und Büros.

Die Zahl 11.185 Unterschriften für ein erfolgreiches Bürgerbegehren erschien als ziemlich hohe Hürde. Aber die Initiatoren und Aktivisten waren unermüdlich, und die Bürger unterstützten dieses Anliegen mit ihren Unterschriften. Über 17.000 Unterschriften kamen zusammen, das war ein toller Erfolg.

Der Kreiswahlleiter gab bekannt: Es waren 11.185 Unterschriften nötig.

rechnet hätte, obwohl oder gerade weil CDU, FDP und SPD immer gegen das Bürgerbegehren vorgegangen sind. Von CDU und FDP wurden sogar Hetzkampagnen gegen die Initiatoren gestartet. Wir wurden sogar von Herrn Wichmann (CDU) als Aufwiegler bezeichnet.

Am 10. 12. 2009 kam das Bürgerbegehren im Kreistag zur Abstimmung. Von 51 Abgeordneten stimmten 48 dafür. Die Uckermärker haben damit ihr Ziel erreicht: Es wird freie Landratswahlen geben! Die Wahl findet voraussichtlich am 28. Februar 2019 statt.

Bitte schicken Sie uns Ihre Meinungen und Kommentare. (kontakt@artikel-eins.com)

lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben

Schwarz-Gelb mit rotem Milliardenprogramm

Von H.-W. Graf

Die schwarz-gelbe Regierung plant nach Spiegel-Informationen ein aus mehreren Teilen bestehendes neues Milliardenprogramm, das man normalerweise von einer roten Regierung erwarten würde, um eine eventuell drohende Kreditklemme abzuwenden.

Um den Banken im großen Stil Risiken abzunehmen, will der Bund den Banken Forderungen im Umfang von 10 Milliarden Euro abkaufen und sich für diese verbürgen. Das Geld soll aus dem „Deutschlandfonds“, mit dem die Regierung während der Wirtschaftskrise Unternehmen helfen will, kommen. Noch dreister wird das ganze Vorhaben durch die Rechnung von Regierungsexperten, nach denen sich mit der Summe ein Kreditvolumen von über hundert Milliarden Euro generieren lässt. Mit an-

deren Worten: Die Banken können damit die zehnfache Summe an ‘Falschgeld’ in Umlauf bringen und somit für noch mehr Fehlallokationen in der Wirtschaft und Enteignung durch Inflation sorgen.

Ein weiterer Bestandteil des Programms ist, dass die Regierung den Banken Staatsgeld zur Verfügung stellen will, das diese als Kredite an Unternehmen weiterreichen sollen. Mit diesem Vorhaben will der Bund weitgehend die Haftung für das Ausfallrisiko der Banken übernehmen. Auch diese zehn Milliarden Euro sollen aus dem „Deutschlandfonds“ (sprich: vom Steuerzahler) kommen. Bundeskanzlerin Merkel, die besorgt ist über eine drohende Kreditklemme, traf sich auf dem Wirtschaftsgipfel im Kanzleramt mit den Banken-Vertretern, um auszuloten, was es für Möglichkeiten gibt, eine

Kreditklemme abzuwenden. Weiterhin appellierte Merkel an die Banken, bei der Kreditvergabe nicht zu zögerlich zu sein. Der Fahr-



plan für Wirtschaft und Politik steht und schwarz-gelb ist nur ein anderer Anstrich. Eine liberale Partei, welche die sozialistischen Maßnahmen fortführt und immer stärker in die Wirtschaft bis zu deren Unkenntlichkeit eingreift, sorgt für ein weiterhin inflationäres und für die Marktwirtschaft destruktives Umfeld. Positiv sind die Maßnahmen der Bundesregierung wenigstens für Gold und alle anderen realen Vermögenswerte, die mit einer Abwertung des Euros mindestens im gleichen Maße im Preis steigen werden.

Zitat des Tages:

Es ist gut, dass die Menschen des Landes unser Banken- und Geldsystem nicht verstehen, denn sonst, so glaube ich, hätten wir noch vor morgen früh eine Revolution.

Henry Ford

Hartz IV-Empfänger, wehrt Euch!

(Red./BK) Alle Hartz IV-Empfänger und Personen, die SGB XII erhalten haben, sollten unbedingt bis zum Jahresende einen Überprüfungsantrag stel-

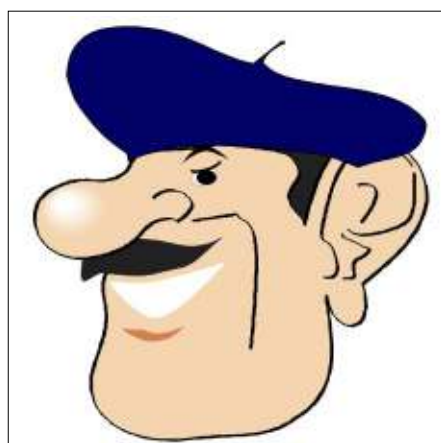


len. Lassen Sie sich nicht abweisen. Es betrifft nicht nur die Kinderregelungen, sondern auch die Regelleistungen für Erwachsenen.

Ob diese verfassungsgerecht festgelegt wurden, wird Anfang des Jahres 2010 das Bundesverfassungsgericht entscheiden. Das höchste Gericht könnte neue Mindeststandards fordern. Das wäre auch rückwirkend wirksam. Sollte das Bundesverfassungsgericht zu Gunsten der Betroffenen entscheiden, können die zu Unrecht erbrachten Leistungen bis zu vier Jahre rückwirkend nachgezahlt werden.

Falls die Behörden gezwungen werden, Nachzahlungen zu erbringen, dürfen diese nicht als Einkommen angerechnet werden. (§ 11 Abs. 1 S. 1 SGB II, § 82 Abs. 1 S. 1 SGBXII) Durch eine eventuelle Nachzahlung könnte das Schonvermögen überschritten werden. Aber auch in diesem Fall gibt es eine Härteklausele (§ 12 Abs. 3 Nr. 6 SGB II, § 90 Abs. 3 SGB XII). Dann kann dann die Nachzahlung anrechnungsfrei gestellt werden.

Kämpfen Sie für ihre Rechte und lassen sie nichts unversucht! Durch unseren gemeinsamen Kampf mit vielen anderen Mitstreitern aus den sozialen Bewegungen konnten wir schon vieles



verhindern. Aber wir wollen nicht nur das Schlimmste verhindern, nein, wir wollen endlich ein Leben in Würde erkämpfen.

Musteranträge Quelle:

<http://www.tacheles-sozialhilfe.de/default.aspx>

<http://www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/2009/Regelleistungen-Musterschreiben/Ueberprüfungsantrag-SGBII.rtf>

<http://www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/2009/Regelleistungen-Musterschreiben/Ueberprüfungsantrag-SGBXII.rtf>

Wer hat die Macht im Staat?

Von Franz Müller

Nehmen wir mal das Ladenschlussgesetz. Man würde in vielen Ecken Asiens und anderswo glatt als Lügner hingestellt, würde man behaupten, dass es so etwas überhaupt gibt. Selbst der Hinweis auf die christliche Religion hilft nicht weiter. Die meisten Deutschen sind keine kirchensteuerzahlende Christen. Nun hat das Bundesverfassungsgericht aber gezeigt, welche Macht die Kirchen in Deutschland haben, sogar unter Berufung auf das Reichsverfassungsgesetz. Makaber.

Großbritannien, Frankreich, USA ... -

lassen wir solche Vergleiche.

Irgend so ein Spitzbube hat doch mal gesagt: „Religion ist Opium fürs Volk.“ Und Rauschgiftsüchtige kümmern sich nicht um Politik. Nur ein dummes Volk lässt sich leicht regieren.

Keine Angst, dass ich hier die Weltanschauung einiger Leute kippen möchte. Der Vatikan ist immer noch der umsatzstärkste Konzern der Welt.

Ich wünsche ein schönes Festival des Einzelhandels, äh – Weihnachten!



Zum Artikel „Zwischen den Kämpfern um Finanzen“

Von H.-J. Adler

Am Ende des Artikels steht die Frage: Wie lange noch wollen sie uns für dumm verkaufen?

Dazu gibt es meiner Meinung nach eine ganz einfache Antwort. So lange, wie wir uns für dumm verkaufen lassen. Oder noch besser: So lange, wie morgens jeder zweite an der Tankstelle eine Bildzeitung kauft!



Der „hohe Wert“ einer Demokratie?

Von Elisabeth Monsig

Weiß noch jemand, warum seit 8 Jahren die Menschen in Afghanistan mit einem grausamen Krieg leben müssen, bei dem bereits viele tausend Tote zu beklagen sind? Ging es da um die Ergreifung des Bin Laden, der am 11. September 2001 (angeblich) die Türme einstürzen ließ? Oder war das nur die Lüge, um einen Krieg zu entfesseln? Sagte nicht der damalige deutsche „Verteidigungsminister“ Struck: „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt.“

Dabei hatten die Afghanen nicht einmal das Brandenburger Tor beschädigt und schon gar nicht Deutschland angegriffen. Aber der Bundestag hat am 03. Dezember 2009 abgestimmt und den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan um ein weiteres Jahr verlängert, obwohl laut Umfragen, 67 % der Bundesbürger gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr sind.

Der Lissabonner Vertrag, der unter anderem enorme Aufrüstungen von Europa verlangt, wurde von der Bun-

desregierung unterzeichnet, ohne die Bürger über den Inhalt zu informieren, und eine Abstimmung war sowieso nicht gewollt.

Noch eine andere kleine Notiz aus Potsdam: Trotz Protesten werden ab Januar wieder Gewässer zum Verkauf angeboten!

Ich schlage vor: **Das Wort Demokratie zum Witz des Jahrhunderts zu erklären!**



Weihnachten 2009

Von Max Graffunda

Es begab sich aber zu der Zeit, dass ein Gebot von den Mächtigen der Welt (dem Kaiser Augustus) ausging, dass alle Welt geschätzt würde. Und diese Schätzung war die aktuellste (allererste) und geschah zu der Zeit, da Weihnachten (Cyrenius Landpfleger von Syrien) war. Und jedermann ging, dass er sich schätzen ließe, ein jeglicher in seine Stadt. (Lukas 2/1)

Und siehe da: Unsere Politiker und Banker bekamen weniger Punkte, aber die als Sozialschmarotzer diffamierten Arbeitssuchenden bekamen mehr Punkte. Als darob das Geschrei der vermeintli-

chen Eliten anhub, kam eine Stimme von Oben, die sagte: „Ehre sei Gott in der Höhe und Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Was erzürnt ihr euch? Übtet ihr Solidarität und habt ihr euer täglich Brot gerecht geteilt?“

Da gingen sie in sich (es war ja Weihnachten) und dachten lange nach. Doch teilen wollten sie noch immer nicht. Und sie machten jeden Punkt zum Steueranteil, der zu zahlen sei. So mussten die Armen viel abgeben, die Reichen aber kamen mit wenig davon.

Zu den Armen aber sagte der Engel Gottes: „Habt keine Angst, ich verkündige euch große Freude, die allem ar-

men Volk widerfahren wird. So wird euch der Heiland geboren! Ein Messias, ein Kind Gottes. Ihr erkennt ihn immer wieder an den mühsam zusammengesuchten Windeln und an dem Futtertrog. Das ist sein Zeichen in dieser Welt: Armut.“ (Lukas 2/9)

Frieden den Hütten – Einsicht den Palästen – Weihnachten der Welt

Doch Widerspruch kommt aus Rom, New York, Washington, Tokio, Frankfurt, London, Basel, von CIA, BND, WTO, GATT, GATS, KGB, Basel II, Mossad, Al Quaida, Intifada, RAF.

Dieser Text aber ist gesetzt und zum Aufstehen für viele, denn jedes Volk bekommt die Deppen in die Regierung und an andere Stellen der Macht, die es zulässt.



Abkopplung der Erwerbslosen von der Erwerbsarbeit beenden!

Von Hans-Dieter Wege

Bremer Montagsdemonstranten für Einheitsgrundeinkommen!

Abkopplung der Erwerbslosen von der Erwerbsarbeit beenden! Einheitsgrundeinkommen von mindestens 1.000 Euro im Monat für jeden in Deutschland lebenden Menschen einführen!

Danke

Die Tafeln tun viel Gutes heute,
es gibt so viele bedürftige Leute.
Sie helfen Kindern, speisen dort,
drum sag ich gern ein Dankeswort.

Doch für die Zukunft möchte ich sehn,
dass keiner mehr braucht bitten gehen.
Dass Tafeln heut so nötig sind,
ist, was ich nicht in Ordnung find'.

Es gibt für alle genug auf Erden,
es muss nur gerecht geteilt werden.
Solange einige viel profitieren,
müssen andere zu viel verlieren.

Rainer Weigt

Seit Jahren werden in Deutschland ungefähr 46 Milliarden Erwerbsarbeitsstunden im Jahr geleistet (Arbeitsstunden von Selbstständigen unberücksichtigt). Würde jeder dieser erwerbsfähigen Menschen die gleiche Zeit an Erwerbsarbeitsstunden verrichten, würde das bedeuten, dass dann nur vier Stunden am Tag Erwerbsarbeit von allen 44 Millionen der erwerbsfähigen Menschen geleistet werden müssten. Man könnte jeden Arbeitgeber gesetzlich dazu verpflichten, an den Staat für jede geleistete Erwerbsarbeitsstunde (z. B.) zehn Euro für die in Anspruch genommene Arbeitskraft zu zahlen, zusätzlich zur Entlohnung der Arbeitnehmer, und das Grundeinkommen weiterhin über eine negative Lohnsteuer finanzieren. So würde der Staat ungefähr 460 Milliarden zuzüglich an Steuern einnehmen. Eine Finanzierung ausschließlich über Verbrauchssteuern sollte man ablehnen. Hiervon, sowie von Löhnen, Gehältern, Dienstbezügen und natürlich

auch von Profiten der Unternehmer, ließe sich dann ein gleiches bedingungsloses Grundeinkommen für alle in Deutschland lebenden Menschen finanzieren, vom Säugling bis zum Greis, welches allen Menschen ein menschenwürdiges und schönes Leben ermöglichen würde! So würde ein bedingungsloses Grundeinkommen auch gleichzeitig wie ein Familienlastenausgleich funktionieren, und jeder junge Mensch in Deutschland hätte optimale Chancengerechtigkeit für Schule und Studium. Auch vielen Frauen, die heute vielleicht noch teilweise vom guten Willen der Partner abhängig sind und auch oft nur auf der sogenannten 400-Euro-Job-Basis arbeiten können, würde das eine wesentlich bessere finanzielle Unabhängigkeit bringen.

Studienabgänger und spätere Intellektuelle oder Akademiker könnten nicht mehr allein aufgrund ihres Studium höhere Löhne beanspruchen, da sie ja in diesem Fall keine Kredite für das Studium zurückzahlen müssten. Auch sie würden nur an Lebensqualität gewinnen. Stress und Hetze würden für viele Menschen der Vergangenheit angehören.

Grundeinkommen, Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung statt Hartz IV!

Auf der 256. Bremer Montagsdemo wurde mein Antrag zur Überwindung von Hartz IV das bedingungslose Einheitsgrundeinkommen von mindestens 1.000 Euro im Monat für alle in Deutschland lebenden Menschen zu fordern, mit großer Mehrheit angenommen, und zwar ohne Gegenstimme bei nur einer Enthaltung.

Es dürfte vielleicht das erste Mal in Deutschland gewesen sein, dass eine solche Abstimmung von Mitgliedern verschiedener Parteien und parteiloser Menschen erfolgt ist. Selbst die Mitkämpfer(innen) der MLPD unterstützten mehrheitlich diesen oben wiedergegebenen Antrag. Hiermit möchte die überparteiliche Bremer Montagsdemo selbstverständlich auch ein Zeichen für alle anderen Städte setzen, in denen an jedem Montag gegen die asozialen Hartz-Gesetze demonstriert wird, sowie

für möglichst viele Erwerbslosengruppen, die ein Einheitsgrundeinkommen unterstützen. Die zukünftige Forderung in Deutschland sollte überall gleich lauten: „Her mit dem bedingungslosen Einheitsgrundeinkommen plus Mindestlohn plus radikaler Erwerbsarbeitszeitverkürzung und weg mit Hartz IV!“ Bitte schließt euch dieser Forderung möglichst zahlreich an!



Eine erfolgreiche Strategie zur Überwindung von Hartz IV darf in meinen Augen auf gar keinen Fall mit geringfügigen Nachbesserungen versucht werden. Die Forderungen zu geringer Regelsatzerhöhungen oder auch die Abwehr von Sanktionen allein dürften nicht das Mittel der Wahl sein. Politische oder Gruppen aus der sozialen Bewegung müssen den Menschen Vorschläge machen, mit denen allen sozial und finanziell benachteiligten Menschen wirklich geholfen werden kann. Auch die Interessen Einzelner, wie zum Beispiel der Gewerkschaften in Deutschland, müssen sich diesen Notwendigkeiten unterordnen. Gerade die Gewerkschaften sollten sich diesbezüglich nicht als alleinige Interessenvertretung der betroffenen Bevölkerungsgruppe aufschwingen, denn dafür haben sie sich bisher viel zu ruhig verhalten. Niemand, der selbst keine bessere Lösung als zum



Beispiel das linke bedingungslose Grundeinkommen anzubieten hat, sollte behaupten, ein solches spalte Erwerbstätige und Erwerbslose. Einem verheirateten Erwerbstätigen, der als Leiharbeiter beschäftigt ist, käme es schließlich entgegen, wenn seine Ehe-

(Fortsetzung auf Seite 5)

Abkopplung der ...

(Fortsetzung von Seite 4)

frau und seine Kinder über ein BGE individuell abgesichert wären. Das Gleiche gälte für ihn selbst, und zwar auch für den Fall, dass er erwerbslos würde. Heute fiele er dann samt seiner Familie in Hartz IV. Wenn seitens der Gewerkschaften immer behauptet wird, ein linkes BGE würde die Löhne in Deutschland senken, so dürfte auch dies falsch sein. Man ziehe zum Beweis einen klei-



nen Unternehmer mit seiner Familie heran, zum Beispiel einen Friseurladen mit zwei Angestellten aus den neuen Bundesländern, davon ausgehend, dass der Unternehmer mit seinem Betrieb 6.000 Euro netto im Monat erwirtschaften muss, um mit seiner Familie über die Runden zu kommen und um seinen beiden Angestellten hiervon den Tariflohn zahlen zu können.

Zur Vereinfachung runde ich diesen einmal auf einen übertariflichen Bruttolohn von vier Euro auf, obwohl fast jedem Menschen in Deutschland bekannt ist, dass der zwischen Arbeitgebervertretung und Gewerkschaften ausgehandelt Tariflohn sogar noch darunter liegt. Das bedeutet für den beispielhaft angeführten Friseur, dass er mindestens von den erwirtschafteten 6.000 Euro einen Bruttolohn für die beiden Vollzeitbeschäftigten von insgesamt 1.344 Euro in Abzug bringen muss. Seiner Familie verblieben 4.656 Euro. So ungefähr wäre das heute!

Mit einem linken BGE sähe das allerdings wie folgt aus, davon ausgehend, dass die Familie des Friseurs vier Personen umfasst. Bei einem BGE von 1.000 Euro pro Familienmitglied sind es 4.000 Euro netto. Der Gewinn vor Lohnzahlung beträgt 6.000 Euro netto. Abgezogen wird der Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde für zwei Vollzeitbeschäftigte, also 3.360 Euro. Dies

ergibt als neues Familieneinkommen für den Friseurbetrieb 6.640 Euro brutto. Davon werden 50 Prozent Steuern auf 2.640 Euro abgezogen, also 1.320 Euro. Dies ergibt ein Nettoeinkommen von 5.320 Euro.

Mit einem linken BGE und einem Mindestlohn von zehn Euro in der Stunde, die der Friseur seinen Angestellten zahlen würde, steigerte sich sein eigenes Familieneinkommen um 664 Euro. Ich habe das hier selbstverständlich in vereinfachter Form errechnet und möchte für die vollständige Richtigkeit keine Garantie übernehmen. Aber im Großen und Ganzen kann man meiner Meinung nach selbst an einer solch laienhaften Berechnung sehen, dass sich das BGE selbst für kleinere Unternehmer „rechnen“ kann und es diesen dadurch nicht schlechter gehen wird. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein.

Auch wenn ich hier keine Arbeitszeitverkürzung berücksichtigt habe, bliebe das Ergebnis fast gleich, wenn der Friseurbetrieb statt zweier Vollzeit- vier Halbzeitbeschäftigte in Erwerbsarbeit brächte. Auch für Kleinkünstler(innen), Alleinerziehende und viele Familien, in denen heutzutage ein Ehepartner auf 400-Euro-Basis arbeitet, hätte das linke BGE ausschließlich Vorteile. Hiermit ließen sich Arbeit und Einkommen für jede Art von Tätigkeit wesentlich gerechter verteilen.

Die Gegner eines linken BGE sollten vor einer eventuell berechtigten Kritik erst einmal eine eigene Strategie zur Überwindung von Hartz IV auf den Weg bringen, mit der man wirklich allen in Deutschland lebenden Menschen gleichermaßen gerecht wird, ohne nur an persönliche Besserstellung oder Besitzstandswahrung zu denken. Diese sind garantiert kein Teil des Weges zu einer gerechten Verteilung von Einkommen und der dazu benötigten Arbeitszeiten. Davon ausgehend, dass jährlich 46 Milliarden Erwerbsarbeitsstunden geleistet werden, sollten alle Unternehmen hierfür eine Arbeitskraftabgabe zahlen, nach meiner Vorstellung in Höhe des jeweiligen Mindestlohnes. Für 46 Milliarden geleistete Lohnarbeitsstunden bei einem angenommenen

Mindestlohn von zehn Euro würden so 460 Milliarden Euro in den Staatshaushalt zusätzlich fließen. Damit ließe sich leicht ein BGE finanzieren, und zwar für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind.

Das BGE sollte für alle in gleicher Höhe gezahlt werden. Dann könnte auch niemand mehr auf finanzielle Besserstellung pochen, zum Beispiel mit der Aussage, er oder sie habe ja so lange studieren müssen. Jede Arbeit muss gleichberechtigt sein bis zur Höhe des



BGE, ob Lohn- oder Hausarbeit, Schule, Studium, Selbstbeschäftigung, Freischaffende wie zum Beispiel künstlerische Tätigkeit und Selbstständigkeit. Nur die Leistungen, die über das BGE hinausgehen, sollten auch zusätzlich entlohnt werden. Hierfür setzt die Besteuerung ein. Dennoch gibt es ein Mehreinkommen für Mehrleistung durch zusätzliche Arbeit.

Für die Angestellten des Friseurs, die wie ihr Chef bereits ein BGE von 1.000 Euro netto erhalten, bedeutet dies, dass ihr zusätzliches Gehalt für die Friseur-tätigkeit nach einem Mindestlohn von 10 Euro natürlich entsprechend besteuert würde, aber eben durch diese Mehr-tätigkeit durch Lohnarbeit. Die Höhe der Mehreinnahme würde sich auch nach der geleisteten Arbeitszeit richten. Grundsätzlich sind aber radikale Verkürzungen der Erwerbsarbeit möglich, um niemanden mehr von der Erwerbsarbeit abzukoppeln.

Nur soziale Gerechtigkeit wird den sozialen Frieden in Deutschland erhalten und den Menschen wieder ihre Ängste nehmen. Hartz IV bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag, und Angst essen Seele auf!

<http://www.bremer-montagsdemo.de/>
<http://www.bremer-montagsdemo.de/256/reden256.htm#256-IBM>
<http://www.bremer-montagsdemo.de/256/reden256.htm#256-HDW>
<http://www.bremer-montagsdemo.de/246/reden246.htm#246-HDW3>

Zusammenhänge - ganz anders gesehen (33)

Geldsystem ändern ...

Von Klaus Buschendorf

Wer viel im Internet die Gedanken anderer Leute liest, findet viele veränderungswillige Menschen. Vor allem Angehörige des Mittelstandes sind der Meinung, dass unser Geldsystem mit seinem Zins und Zinseszins die Ursache fast allen Übels ist. Aus Amerika kam die Auffassung, und Redeweise, dass der Mensch „... einen Job mache,

firmen schufen Billigarbeiter, in-zwischen soll der Billiglohnbereich 24 % aller Löhne erfasst haben. Vielleicht stellt sich mancher Initiator von „Muldentalern“ oder „Dankkreisen“ die Frage: Hat mein Wirken Wesentliches verändert?

Wirkung – Ursache? Jede Wirkung ist Ursache einer Neuen. Im täglichen Alltag sind sie oft so verzahnt, dass es schwer fällt, sie in ihrer Wechselwirkung zu verstehen. Man versuche, die einfa-



weil er Geld verdienen will.“ Ältere Menschen in Deutschland lernten, „... dass man einen Beruf ausübt, um der Gesellschaft nützlich zu sein. Dafür bekommt man Geld.“ Der unterschiedliche Sprachgebrauch mischt sich heute, es mischen sich auch die Auffassungen. Tägliche Börsenberichte in allen Medien unterstützen in den Köpfen die Meinung, dass allein in der Finanzwelt alles Wichtige geschieht. Angehörige des Mittelstandes erleben das, bedrohen doch Ereignisse an den Börsen ihre Existenz. Ohne Geld ist nichts los, Zinszahlungen für Kredite machen arm – also ändere man das Geldsystem als Ursache allen Übels.

Ursache – Wirkung? Seit mindestens zehn Jahren schaffen ehrgeizige Projekte Regionalgeld vieler Arten. Mit ihnen glaubten ihre Initiatoren, dem „Geld-diktat“ der Banken zu entgehen. Allmählich würden solche Währungen ihre Nützlichkeit beweisen und die „normale“ Währung verdrängen. Andere „Sekundärwährungen“ sind im Gespräch, sollen Monopole „aushebeln“. Viel Zeit wird in Blogs verwendet, wie eine Gesellschaft aussehen könnte, käme man dorthin. In der Zwischenzeit wurde Hartz IV eingeführt, Leih-

che Kinderfrage zu beantworten: Was war zuerst, Ei oder Henne? Der beste Biologe muss die ganze Evolutionstheorie bemühen, sie zu beantworten. Und erreicht nie die Einfachheit, welche das Kind von ihm erwartet.

Geldsystem – Produktionssystem? Wie ändern? Im Alltag scheint das Geld in seiner Existenz die Ursache allen Übels. Doch ohne Henne existiert kein Ei. Der Biologe geht in die Evolution, um die „einfache“ Kinderfrage zu beantworten. Und weiß das Kind zu wenig, wird es ihn nicht verstehen. Die Gesellschaft verändern wollen? Es geht nicht anders: Die Ursache zu finden, den Hebel zur Veränderung, macht einen Gang in die Geschichte notwendig. Geld gab es nicht immer, Produktion gab es nicht immer, erst sehr weit zurück finden wir den Anfang jener Wechselwirkung und vielleicht den Punkt, den Hebel der Veränderung von heute anzusetzen.

Produktion und Arbeitsteilung von Menschen schufen den Wunsch nach Austausch, den Handel und als Vergleichsmaßstab das Geld. Der Markt, eine Börse, entstand und mit ihm Ordnungen, wie man zu handeln habe. Denn kluge Herrscher wollten verhin-

dern, dass der Stärkere, Klügere nicht dem Schwachen, Dümmeren schade. Alle Religionen kannten das Gebot: „Du sollst nicht stehlen!“ Gottesfürchtig war, es zu beachten, auch im neu von Menschen geschaffenen Markt. Er diente ja dem Austausch von Waren, sollte allen Menschen, nicht nur den Klügsten und Stärksten nutzen. Betrug galt als Sünde vor Gott. Früh wurde klar: Reichtum war nur durch Betrug, der Grauzone des Stehlens zu gewinnen. Und so sprach Jesus: Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als ein Reicher in den Himmel käme. Und Zinsen zu nehmen, war bis in Luthers Zeit dem guten Christen verboten. Noch die Fugger waren sich dieser „Sünde“ bewusst. Ihre soziale Faktorei in Augsburg, die „Fuggerstadt“, sollte ihnen im Himmelreich dafür Vergebung bringen.

In diesen Zeiten änderten sich die Produktionsformen. Sie verlangten Vorleistungen in Geld, denn eine Presse zum Buchdruck geht nicht so nebenbei zu bauen. Unsichere Straßen des ausgehenden Mittelalters verlangten, den Scheck als Zahlungsmittel zu erfinden. Der braucht eine Bank, die ihn einlöst. So wuchs langsam aus den Erfordernissen der sich verändernden Produktion der Neuzeit unser heutiges Geldsystem. Langsam lüftet sich unser Weg beim Suchen der Antwort auf die Frage: Was ist Ursache, was ist Wirkung? Doch eine Antwort auf die Frage: wie verändern?, ist das noch nicht. Es ist nur der Weg erkennbar, den wir gedanklich gehen müssen.

Europäer gingen den beschriebenen Weg in den Kapitalismus als Erste, fuhren um die Welt, um Handel zu treiben, schufen erste „Global Player“: die niederländische Ostindienkompanie zum Beispiel. Ihr Handel reichte von Batavia (heute Djakarta) bis Nieuwe Amsterdam (heute New York). Sie wurde verdrängt von anderen Handelshäusern. Kein Herrscher war mehr fähig, allgemein gültige Regeln für diese „Global Player“ durchzusetzen. Sie hatten und forderten „Freiheit des Handels“ und setzten sie durch mit den Kanonen ihrer Schiffe gegen Konkurrenten und „Eingeborene“. Betrug wurde normal, schriftlich festgehalten als Vertrag legitimierte ihn als Recht. Selbst Vertrags-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Zusammenhänge - ...

(Fortsetzung von Seite 6)

bruch gegen Indianer fand kaum ein amerikanischer Siedler verurteilenswert, wenn es ihm nur nutzte – er war doch stärker als der Indianer. Das Wort „Freiheit“ degenerierte von einer Forderung für den Umgang mit Menschen zu einer Forderung für den Markt von den Anforderungen des Menschen – dort stehen wir heute.

Wir finden als Schlussfolgerung den ersten Schritt auf dem Wege der Veränderung unserer Gesellschaft: Der Markt hat wie in seinen Ursprungszeiten den Bedürfnissen der Menschen zu dienen! Dafür ist er entstanden. Er kann nicht „frei“ von den Bedürfnissen der Menschen sein, sonst dient er dem Betrug. Betrug übt ungestraft nur der Stärkste aus – heute: das Monopol. Das Monopolwesen hat letztendlich das heutige Geldsystem zu seinem Zweck erschaffen – das Monopolwesen wird es verteidigen, mit Klauen und Zähnen.

Austricksen lässt es sich nicht, hat selbst die meisten Erfahrungen im Tricksen und Täuschen. Mit Geld und von diesem Geld finanzierter Lobby (Medien, Parteien, Regierungen) ist diese Macht enorm und hat ein viel gestaffeltes Verteidigungssystem. Das ist nicht von heute auf morgen zu überwinden.

Gegen die Macht des Geldes der Monopole kann man nur die Macht der Menschen auf der Straße setzen. Doch da ist jeder einzeln. Ein gemeinsames, verständliches Ziel, wo jeder seinen eigenen Nutzen einsieht, ist als Erstes zu finden, soll die Macht des „kleinen Mannes“ eine Chance haben gegen die Macht der Monopole. Dem Markt „Grenzen zu setzen“, nützt den Bedürfnissen aller Menschen. Solche Grenzen nützen dem Hartz IV-Empfänger, dem Handwerker, dem kleinen Unternehmer, dem Familienbetrieb des gehobenen Mittelstandes, der kleinen GmbH und AG – nur dem Monopol nicht. Denn seinem Preisdiktat, seinem durch Vertrag legitimierten Betrug schieben klare Marktregeln einen Riegel vor. Eine

tatsächliche Staatsmacht, keine lobbyistische „Demokratie“, müsste das realisieren – und durchsetzen. Aber dem Wesen nach ist das der Inhalt des Wortes „Demokratie“. Schaffen wir sie, die



„Volksherrschaft“! Dann kann sie daran gehen, das Geldsystem zu ändern.

Es ist ein langer, beschwerlicher Weg dorthin. Andere Wege, fürchte ich, lenken nur ab und bringen nichts.



Es stinkt mich an ...

Von Max Meyer

... das „ewig-und-drei-Tage-Gerede“ von Mitarbeitern der Stasi, die sich erdreisten, in eine Regierungskoalition einzutreten! Mein Gott, gibt es nichts Wichtigeres? Die Welt-Online mokiert sich wieder mal mit diesem Dauerthema. Jetzt ist Herr Platzek in Brandenburg an der Reihe. Er wäre reingelegt worden, etwas anderes könne man auch von DIE LINKE nicht erwarten. Schließlich sind sie die Nachfolger der SED. Es erdreisten sich doch die Linken, ehemalige Stasimitarbeiter in die Regierung zu nehmen. Typisch. Man wolle wohl die alte DDR in Neubrandenburg wieder reaktivieren. So'n Müll! Dämlicher kann mal wohl nicht rumschmieren und dafür noch ein Gehalt einstecken.

Wenn diese Bundesrepublik nach 1945 mal soviel Aufhebens mit ihren Nazi-richtern und anderen Nazigesocks in hohen Ämtern gemacht hätte, wäre sie wohl glaubhafter. Muss man Menschen 20(!) Jahre nach der Wiedervereinigung

immer noch in diese Ecke drücken? Oder hat man vor ihnen vielleicht Angst.



Den Herrschenden hier im Lande ist es ja ein Dorn im Auge, dass in den ostdeutschen Bundesländern die LINKE bei Wahlen so viele Stimmen auf sich vereinen kann. Deshalb geifert sie und der grünliche Qualster trieft zwischen ihren Zähnen durch.

Es stinkt mich an ... Wenn dieses Deutschland keine Argumente mehr hat, dann greift es zur Stasipeitsche. Das ist ein ewiges déjà-vue für mich. Früher in der DDR hat man jede normale Diskussion mit den Worten totgekloppt: Bist du nun für den Frieden oder nicht? Ich denke, wir sind in einer Demokratie gelandet? Ist eine Demokratie nicht erst eine, wenn Platz für Andersdenkende dort drinnen ist, ohne dass sie ans Kreuz genagelt werden? Demokratie ist wohl nur eine Veranstaltung, die dann gilt, wenn jeder nachquakt, was von den Herrschenden vorgegeben wird?

Heiße Diskussionsrunde beim Hauptausschuss in Angermünde (Uckermark)

(Red./BK) Wutentbrannt gingen die Mieter der ehemaligen BWG in Angermünde (Uckermark) am 30.11.2009 zur Hauptausschusssitzung. Der Versammlungsraum reichte nicht aus, die Bürger standen bis zur Eingangstür des Rat-

nahm auch an der Versammlung teil. Seit über 10 Jahre kämpfen diese Bürger für gerechte Fernwärmepreise. Die BWG (Bau und Wohnungsgesellschaft) wurde im Frühjahr 2008 durch die Stadt verkauft. Seitdem gibt es nur Schwierigkeiten. Der neue Eigentümer der BWG kündigte den Fernwärmevertrag zum Jahresende bei den Stadtwerken. Das Problem besteht nun darin, der jetzige Eigentümer der BWG hat keine eigenen Heizungsanlagen und Rohre zum Beheizen der Wohnungen. Er hat zwar einen neuen Anbieter für Fernwärme, aber auch dieser hat keine eigenen Anlagen gebaut.

zu rechtfertigen und wies die Verantwortung von sich. Sie betonte, die Stadtwerke seien kein Wärmelieferant mehr, sondern nur Lieferant. Warum die Preise viel zu hoch sind, dazu hat sie sich nicht geäußert. Das Kartellamt hat jetzt die Ermittlungen aufgenommen. Es überprüft die hohen Preise der Stadtwerke Angermünde.

Die Stadtwerke gehören zu 51 Prozent der Stadt. Da fragt man sich: Arbeiten der Bürgermeister und die Abgeordneten wirklich zum Wohle der Bürger? Die Wahlen sind vorbei, die BWG wurde verkauft und an den Preisen der Stadtwerke hat sich nichts geändert. Die Geschäftsführung der Stadtwerke ist nicht mehr tragbar.

Sowie es neue Erkenntnisse gibt, wie es weitergeht, werden wir Sie auf dem Laufenden halten.

Leserbrief zu „Wahntag ist Zahntag“

Von Karin Ohl

Frau Wilhelmi hat sich noch mal zu „Wahntag ist Zahntag“ gemeldet. Unser (der Tierfreunde) einziges Thema ist nicht das Schächten: Es ist der Umgang mit den Kreaturen – egal, ob Mensch oder Tier. Wir übersehen nicht die Nöte der Menschen, die meisten von uns gehören selbst dazu – zu denen, die sich nicht auf der Fettwolke aalen. Aber es sind genau die Menschen, die menschlich bleiben, trotz aller Not die notleidenden Kreaturen nicht vergessen – im Gegenteil. Wir Tierschützer sind nicht unsolidarisch!



hauses. Die Abgeordneten staunten nicht schlecht, denn 100 – 120 Bürger hätten sie nie erwartet.

Der „Mieterverein Uckermark“ hatte die Mieter wegen eines geplanten Vertrages mit den Stadtwerken zu Protesten aufgerufen. Der Verein „Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau e.V.“

Nun haben die Bürger natürlich Angst, dass zum Jahresanfang 2010 die Heizungen und das Warmwasser abgestellt werden. Die Aufsichträte handelten mit den Stadtwerken einen Vertrag aus, den keiner akzeptieren kann. Die Stadtwerke nutzen schamlos ihr Monopol aus. Mit dem Vertrag wollen die Stadtwerke die Mieter und den neuen Eigentümer der BWG unter Druck setzen.

Die Mieter waren aufgeregt. Es entstand eine wutentbrannte Bürgerfragestunde im Hauptausschuss. Sie dauerte zwei Stunden, und die Abgeordneten kamen ins Schwitzen. Eine Mieterin sprach von „Mafia-Methoden“, andere sprachen von „Lug und Trug“, „Unverschämtheiten“ und „Wucher“. Die Geschäftsführerin der Stadtwerke war auch anwesend und wurde mehrmals von den Mietern aufgefordert, endlich selbst Stellung zu beziehen. Sie versuchte sich



Trotzdem alles Gute!

Leserbriefe, Artikel und Beiträge sind ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion: Chefredakteur: Ottokar Luhn (V. i. S. d. P.) Bendastraße 17, 99867 Gotha,
Stellvertreter: Birgit Kühr (Angermünde), Klaus Buschendorf (Erfurt)
Mitglieder: Uwe Birkner (Görlitz)

online - Ausgabe

Die Zeitung und alle Artikel stehen unter

<http://www.artikel-eins.com>

zur Verfügung.



Redaktionsarbeit und alle Beiträge ohne Honorar.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen sind ihr vorbehalten. * Bei diesen Beiträgen möchte der Autor nicht genannt werden. Die Identität ist der Redaktion bekannt.

Kontakt: redaktion@artikel-eins.com
Druck: Selbstdruck
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
27.09.2009